

18.11.2021

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 17/14700 und 17/15600 (Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Einzelplan 14 - Ministerium für Wirtschaft, Innovation und Digitalisierung

Berichterstatter

Abgeordneter Christian Loose

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 14 wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 18.11.2021/Ausgegeben: 19.11.2021

Bericht

A Beratungsergebnis der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 14 wurde vom Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung und dem Ausschuss für Digitalisierung und Innovation beraten. Zu den Beratungen lag mit der Vorlage 17/5520 der Erläuterungsband zum Einzelplan 14 vor. Zu den Beratungen im Ausschuss für Digitalisierung und Innovation lagen die Vorlagen 17/5767 und 17/5879 vor. Zu den Beratungen im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung lagen die Vorlagen 17/5784 und 17/5873 vor.

- a) Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat den Einzelplan 14, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, in seinen Sitzungen am 29. September 2021 und 27. Oktober 2021 beraten und in seiner Sitzung am 10. November 2021 abschließend beraten und abgestimmt. Änderungsanträge lagen nicht vor. Der Einzelplan 14 wurde dort mit den Stimmen Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der AfD-Fraktion unverändert angenommen.
- b) Der Ausschuss für Digitalisierung und Innovation hat den Einzelplan 14, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, in seinen Sitzungen am 23. September 2021 beraten und in seiner Sitzung am 28. Oktober 2021 abschließend beraten und abgestimmt. Änderungsanträge lagen nicht vor. Der Einzelplan 14, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

B Ergebnisse des Berichterstattegesprächs

Ein Berichterstattegespräch war entbehrlich. Der Vollständigkeit halber wird auf das Ausschussprotokoll der Haushaltsklausur des HFA APr. 17/1560 verwiesen.

C Votum des Unterausschusses Personal

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratung des Personaletats im Unterausschuss Personal ist der Vorlage 17/6024 zu entnehmen. Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 16. November 2021 abgegeben.

Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Personaletat zum Einzelplan 02 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und der AfD-Fraktion in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unverändert angenommen.

D Votum des Unterausschusses BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen

Mit der Vorlage 17/6025 votiert der Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen zu den Kapiteln:

14 820	Information und Technik Nordrhein-Westfalen - Landesbetrieb
14 830	Geologischer Dienst Nordrhein-Westfalen - Landesbetrieb
14 840	Landesbetriebe Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen
14 850	Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen

Änderungsanträge lagen dort nicht vor.

Der Unterausschuss votierte mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine unveränderte Annahme des Einzelplans 14, Zuständigkeitsbereich des Unterausschusses BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen.

E Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 17/15720 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Drucksache 17/15700.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 18. November 2021 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 14 befasst. Dort lagen 35 Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der AfD zur Beratung und Abstimmung vor. Die Antragstellung und das jeweilige Abstimmungsverhalten ergeben sich aus dem Anhang. Alle Änderungsanträge wurden abgelehnt.

F Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 14 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion **unverändert angenommen**.

Martin Börschel
Vorsitzender

Anhang 1 Änderungsantrag der Fraktion der SPD
 8 Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 26 Änderungsanträge der Fraktion der AfD

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 010 Ministerium</p> <p>Titel 526 01 011 Sachverständige</p> <p>Zurückführung auf den Ansatz des Jahres 2018</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 2.094.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">894.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.764.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 330.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Nach Istwerten von 381.000 Euro in 2020, 323.000 Euro in 2019 und 330.000 Euro in 2018 ist die Erhöhung des Ansatzes unrealistisch. Der erneut signifikante Zuwachs des Personalstammes des Ministeriums wird darüber hinaus ermöglichen, dass externen Dienstleistern in größerem Umfange zugearbeitet und deren Aufgaben umfänglicher vorbereitet werden können, was die hier angesprochenen Aufwendungen eher mindert als erhöht. Der Mehraufwand ist entbehrlich.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 2.094.000 Euro	894.300 Euro	um 1.764.000 Euro		auf 330.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 2.094.000 Euro	894.300 Euro																				
um 1.764.000 Euro																					
auf 330.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 14 010 Ministerium</p> <p>Titel 531 10 Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Zurückführung auf den Ansatz des Jahres 2019</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">HH 2022</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. 2021</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>447.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">447.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>342.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>105.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Mehrbedarf an Beschaffung von Informationsmaterial und zur Unterrichtung der Bevölkerung ist in Zeiten des Internets nicht nachvollziehbar und zeugt mglw. lediglich von einer unzureichenden Digitalisierung der Verwaltung. Einer zu komplexen Förderkulisse ist nicht mit mehr Information, sondern mit einer Vereinfachung der Förderprogramme zu begegnen. Die Istwerte von 105.000 Euro in 2019 und 149.000 Euro in 2018 zeigen, dass der Ansatz mit dem dreifachen Wert des Jahres 2018 unrealistisch ist. Der neuerliche Personalzuwachs im Bereich des Ministeriums bietet darüber hinaus ausreichend Raum, Mehrbedarf an Informationen aus dem Ministerium heraus zu leisten. Der Mehraufwand ist entbehrlich.</p>	HH 2022		Ansatz lt. 2021	von	447.100 Euro	447.100 Euro	um	342.100 Euro		auf	105.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022		Ansatz lt. 2021																							
von	447.100 Euro	447.100 Euro																							
um	342.100 Euro																								
auf	105.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	nein																								
FDP	nein																								
GRÜNE	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 010 Ministerium</p> <p>Titelgruppe 63 Förderung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (CSR-Strategie NRW)</p> <p>Titel 547 63 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben</p> <p>Streichung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 460.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">460.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 460.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Rechtsprechung und Gesetz bilden einen ausreichenden Rahmen für die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen, die auch u.a. von Gewerkschaften, Arbeitgebervertretungen und Sozialverbänden hinreichend geprägt, ausgestaltet, überwacht und an die jeweiligen Herausforderungen angepasst werden. Eine mit dem Titel beabsichtigte, zusätzliche Vernetzung von „Akteuren“ ist vor dem Hintergrund der zahlreichen bereits bestehenden Netzwerke, Beiräte, Kommissionen, Beauftragten und „Cluster“ entbehrlich.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 460.000 Euro	460.000 Euro	um 460.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 460.000 Euro	460.000 Euro																				
um 460.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 010 Ministerium</p> <p>Titelgruppe 64 Standortmodell „Metropolregion NRW“</p> <p>Titel alle</p> <p>Streichung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 375.000 Euro</td> <td>375.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 375.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Eine mit dem Titel beabsichtigte, zusätzliche Entwicklung von Netzwerkstrukturen ist vor dem Hintergrund der zahlreichen bereits bestehenden Netzwerke, Beiräte, Kommissionen, Beauftragten, Multiplikatorengruppen und „Cluster“ entbehrlich.</p>	HH 2022	Ansatz lt HH 2021	von 375.000 Euro	375.000 Euro	um 375.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt HH 2021																				
von 375.000 Euro	375.000 Euro																				
um 375.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 010 Ministerium</p> <p>Titelgruppe 95 Maßnahmen im Zusammenhang mit den Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren nach dem Atomgesetz</p> <p>Titel 526 95 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten</p> <p>Zurückführung auf den Ansatz des Jahres 2018</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 7.000.000 Euro</td> <td>7.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.860.000Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 4.140.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Nach Istwerten von 3.714.000 Euro in 2020 und 4.140.000 Euro in 2018 ist der Ansatz auch für dieses Haushaltsjahr 2022 erneut unrealistisch. Der Mehraufwand ist entbehrlich.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 7.000.000 Euro	7.000.000 Euro	um 2.860.000Euro		auf 4.140.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 7.000.000 Euro	7.000.000 Euro																				
um 2.860.000Euro																					
auf 4.140.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																							
	AfD	<p>Kapitel 14 010 Ministerium</p> <p>Titelgruppe 96 Errichtung und Betrieb eines automatisch arbeitenden radiologischen Fernüberwachungssystems für kerntechnische Anlagen in NRW (RFÜ)</p> <p>Titel alle</p> <p>Zurückführung auf den Ansatz des Jahres 2020</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">HH 2022</td> <td style="width: 80%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 322.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 268.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 54.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Nach Istwerten von 54.000 Euro in 2020, 41.000 Euro in 2019 und 44.000 Euro in 2018 ist die Erhöhung des Ansatzes unrealistisch. Der Mehraufwand ist entbehrlich.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 322.000 Euro		um 268.000 Euro		auf 54.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;">CDU</td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 80%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td></td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td></td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td></td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td></td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU		nein	SPD		nein	FDP		nein	GRÜNE		nein	AfD		ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																									
von 322.000 Euro																										
um 268.000 Euro																										
auf 54.000 Euro																										
CDU		nein																								
SPD		nein																								
FDP		nein																								
GRÜNE		nein																								
AfD		ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 010 Ministerium</p> <p>Titelgruppe 97 Maßnahmen im Zusammenhang mit der Strahlenschutz-Rufbereitschaft der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde</p> <p>Titel 526 97 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten</p> <p>Herabsetzung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 92.000 Euro</td> <td>92.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 80.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 12.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Istwerte von 21.000 Euro in 2019 und 12.000 Euro in 2018 zeigen, dass der Ansatz mit dem (erneut) mehrfachen Wert der Vorjahre unrealistisch ist. Der erneute Personalzuwachs im Bereich des Ministeriums bietet darüber hinaus ausreichend Raum, Mehrbedarf an Leistungen und unterstützende Tätigkeiten aus dem Ministerium heraus zu leisten. Der Mehraufwand ist entbehrlich.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 92.000 Euro	92.000 Euro	um 80.000 Euro		auf 12.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 92.000 Euro	92.000 Euro																				
um 80.000 Euro																					
auf 12.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 100 Landesplanung</p> <p>Titelgruppe 61 Landesplanung</p> <p>Titel 637 61 Zuweisungen an den Regionalverband Ruhr</p> <p>Zurückführung auf den Ansatz des Jahres 2018</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 1.946.800 Euro</td> <td>1.912.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 798.800 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.148.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Bereits die Istwerte von 1.148.000 Euro in 2019 und 1.148.000 Euro in 2018 zeigten, dass der Ansatz 2021 mit einem Zuwachs um 2/3 der Vorjahre unrealistisch war. Das Mehr an Mitteln wird offenbar dann zwingend verbraucht. Der Regionalverband Ruhr möge einem Mehrbedarf an Mitteln begegnen durch Kürzung eigener Budgets auf das Niveau von 2018.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 1.946.800 Euro	1.912.800 Euro	um 798.800 Euro		auf 1.148.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 1.946.800 Euro	1.912.800 Euro																				
um 798.800 Euro																					
auf 1.148.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 100 Landesplanung</p> <p>Titelgruppe 61 Landesplanung</p> <p>Titel 686 61 Zuschüsse für die Arbeit in den Regionalräten</p> <p>Zurückführung auf den Ansatz des Jahres 2018</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 1.432.600 Euro</td> <td>1.432.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 192.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.240.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Istwerte von 1.228.000 Euro in 2019 und 1.240.000 Euro in 2018 zeigen, dass der Ansatz mit einem Zuwachs um 15% bereits im Vorjahr entbehrlich war. Die Regionalräte mögen einem Mehrbedarf an Mitteln begegnen durch Kürzung eigener Budgets auf das Niveau von 2018.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 1.432.600 Euro	1.432.600 Euro	um 192.600 Euro		auf 1.240.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 1.432.600 Euro	1.432.600 Euro																				
um 192.600 Euro																					
auf 1.240.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 14 200 Digitale Verwaltung</p> <p>Titel 546 71 Dezentrale Unterstützung der Ressorts bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 26.083.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">26.083.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.608.360 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 28.691.960 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die zusätzlichen Mittel sollen für die Bereitstellung kommunaler Angebote im Kontext des OZG genutzt werden. Dadurch wird dem Umstand Rechnung getragen, dass ein Großteil der digitalen Verwaltungsleistungen auf kommunaler Ebene erbracht werden und somit entsprechende finanzielle Mittel benötigt werden.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 26.083.600 Euro	26.083.600 Euro	um 2.608.360 Euro		auf 28.691.960 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 26.083.600 Euro	26.083.600 Euro																				
um 2.608.360 Euro																					
auf 28.691.960 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	Enth.																				
AfD	Enth.																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 14 300 Titelgruppe 64 Titelnummer 633 64</p> <p>Energiewende und Klimaschutz Zielgruppenorientierter Klimaschutz Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 40.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 40.000.000 Euro</td> <td>0 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Landesregierung muss das kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanagement stärker unterstützen. Klimaschutzmanagerinnen und -manager werden aufgrund der Systematik der Bundesförderung häufig nur befristet eingestellt und bei Beendigung der Förderung nicht weiter beschäftigt. Damit endet nicht selten auch die Umsetzung und Fortschreibung von Klimaschutzkonzepten. Hier sollte das Land NRW seine Verantwortung anerkennen und eine landesseitige Anschlussförderung des Klimaschutzmanagements, nach Auslaufen der Förderung des Bundesumweltministeriums, mit vergleichbaren Fördersätzen sicherstellen. Insbesondere soll das Land die Weiterbeschäftigung von Klimaschutz-Managerinnen und -Managern fördern, die Einrichtung eines Klimaanpassungsmanagements und die Fortschreibung von (integrierten) Klimaschutzkonzepten.</p>	2022	Ansatz lt. HH 2021	von 0 Euro		um 40.000.000 Euro		auf 40.000.000 Euro	0 Euro	<p>abgelehnt</p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 0 Euro																					
um 40.000.000 Euro																					
auf 40.000.000 Euro	0 Euro																				
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Titel 683 10 Zuschuss an die Zukunftsagentur Rheinisches Revier</p> <p>Streichung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 4.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 4.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aus der Zukunftsagentur heraus ist keinerlei Beitrag zu dem angestrebten „Klimaschutz“ zu erwarten. Selbst eine 100%-ige Erfüllung aller sog. Klimaziele der Bundesrepublik Deutschland oder des Bundeslandes NRW hätten so einen kaum messbaren, verschwindend geringen Einfluss auf das Temperaturgeschehen auf den Planeten Erde und sind deshalb mit dem geplanten Aufwand unverhältnismäßig.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 4.000.000 Euro	2.000.000 Euro	um 4.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 4.000.000 Euro	2.000.000 Euro																				
um 4.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Titel 685 40 Zuschuss an die NRW.Energy4Climate</p> <p>Streichung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 12.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 12.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aus der Initiative heraus ist keinerlei Beitrag zu dem angestrebten „Klimaschutz“ zu erwarten. Selbst eine 100%-ige Erfüllung aller sog. Klimaziele der Bundesrepublik Deutschland oder des Bundeslandes NRW hätten so einen kaum messbaren, verschwindend geringen Einfluss auf das Temperaturgeschehen auf den Planeten Erde und sind deshalb mit dem geplanten Aufwand unverhältnismäßig.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 12.000.000 Euro	2.000.000 Euro	um 12.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 12.000.000 Euro	2.000.000 Euro																				
um 12.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Titel 686 11 165 Zuschuss an das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH</p> <p>Streichung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 5.000.000 Euro</td> <td>4.800.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 5.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aus dem Institut heraus ist keinerlei weiterer Beitrag zu dem angestrebten „Klimaschutz“ zu erwarten. Die dort postulierten Einflüsse von CO2 auf das Klima sind seitens der Politik so weit übernommen, dass eine weitere Förderung keinen Sinn macht.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 5.000.000 Euro	4.800.000 Euro	um 5.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 5.000.000 Euro	4.800.000 Euro																				
um 5.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Titel 686 18 Zuschuss an das ZBT</p> <p>Streichung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 3.000.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> <tr> <td>um 3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aus der Initiative heraus ist keinerlei Beitrag zu dem angestrebten „Klimaschutz“ zu erwarten – die Technik der Brennstoffzelle ist schließlich schon über 180 Jahre alt. Die Forschungseinrichtung hat bisher auch keinerlei relevanten Fortschritt in großtechnischen Speichersystemen liefern können und ist deshalb entbehrlich.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 3.000.000 Euro	-	um 3.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 3.000.000 Euro	-																				
um 3.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	Kapitel 14 300 Energiewende und Klimaschutz Titelgruppe 63 Energiesysteme der Zukunft, Systemtransformation, Innovation, Elektromobilität und Energieeffizienz Titelnummer 686 63 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland.	abgelehnt
		Erhöhung des Baransatzes	CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein
		2022 von 30.945.400 Euro um 169.054.600 Euro auf 200.000.000 Euro	
		Ansatz lt. HH 2021 30.945.400 Euro	
		Begründung: Aus der Titelgruppe 63 werden maßgeblich die drei Programmbereiche von progres.NRW Klimaschutztechnik, Emissionsarme Mobilität sowie Innovation gefördert. Laut Aussage der Landesregierung können im laufenden Jahr bis zu 200 Mio. Euro Landesmittel für diese Programme bereitgestellt werden. Um eine Beibehaltung der Mittelbereitstellung für diese Programme auch im Jahr 2022 sicherstellen zu können, sollte dieser Betrag im Haushalt verankert werden.	

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Titelgruppe 63 Energiesysteme der Zukunft, Systemtransformation, Innovation</p> <p>Titel alle</p> <p>Streichung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 30.945.400 Euro</td> <td>30.944.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 30.945.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Mitteleinsatz war in der Vergangenheit durchgängig ergebnislos und wirkungslos in Bezug auf das angestrebten Ziel „Klimaschutz“. Luftreinheit ist auf hohem Niveau gegeben, eine weitere Förderung deshalb nicht notwendig.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 30.945.400 Euro	30.944.800 Euro	um 30.945.400 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 30.945.400 Euro	30.944.800 Euro																				
um 30.945.400 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Titelgruppe 64 Zielgruppenorientierter Klimaschutz</p> <p>Titel alle</p> <p>Streichung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 3.350.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.350.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 3.350.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Eine weitere, wissenschaftliche Begleitung der „strategischen, klimapolitischen Ausrichtung“ durch Landesmittel ist unnötig. Bemühungen um sog. Klimaschutz sind auf hohem Niveau gegeben, eine weitere Förderung deshalb nicht notwendig.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 3.350.000 Euro	3.350.000 Euro	um 3.350.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 3.350.000 Euro	3.350.000 Euro																				
um 3.350.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 14 300 Titelgruppe 64 Titelnummer 883 64</p> <p align="center">Energiewende und Klimaschutz Zielgruppenorientierter Klimaschutz Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 250.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 250.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Landesregierung muss die Kommunen beim kommunalen Klimaschutz stärker unterstützen. Zum einen sollten die Eigenanteile der Kommunen bei Förderprogrammen des Bundes aus Landesmitteln abgesenkt werden. Zum anderen sollte die Landesregierung ein Förderprogramm in Höhe von 200.000 Millionen Euro auflegen, mit dem kommunale Klimaschutzinvestitionen im Jahr 2022 gefördert werden können. Diese Investitionen können flächendeckend einen wirksamen Beitrag zur Umsetzung der kommunalen Klimaschutzstrategien leisten.</p>	2022	Ansatz lt. HH 2021	von 0 Euro		um 250.000.000 Euro		auf 250.000.000 Euro	0 Euro	<p>abgelehnt</p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>Enth.</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 0 Euro																					
um 250.000.000 Euro																					
auf 250.000.000 Euro	0 Euro																				
CDU	nein																				
SPD	Enth.																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Titelgruppe 65 Energiewende</p> <p>Titel alle</p> <p>Streichung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 15.258.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">5.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 15.258.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die internationale Staatengemeinschaft wie auch das IPCC wenden sich immer deutlicher der Nutzung von Kernenergie zu. Bis zur erwartbaren Anpassung des deutschen Sonderweges (gleichzeitiger Ausstieg aus „Kohle und Atom“) ist im Rahmen eines Moratorium jede weitere Mittelverwendung zu unterbrechen.</p> <p>.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 15.258.000 Euro	5.000.000 Euro	um 15.258.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 15.258.000 Euro	5.000.000 Euro																				
um 15.258.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Titelgruppe 66 Ausbau Nah- und Fernwärme in NRW, Fernwärme an Rhein und Ruhr</p> <p>Titel alle</p> <p>Streichung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 30.000.000 Euro</td> <td>30.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Landesregierung hat als Zielsetzung den Ausstieg aus allen fossilen Kraftwerken. Die Nutzung von Nah- und Fernwärme ist aber nur über die Abwärme von fossilen Kraftwerken möglich. Ohne fossile Kraftwerke ist der Ausbau von Nah- und Fernwärmesystemen somit eine überflüssige Verschwendung von Steuergeld.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 30.000.000 Euro	30.000.000 Euro	um 30.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 30.000.000 Euro	30.000.000 Euro																				
um 30.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 14 300 Energiewende und Klimaschutz Titelgruppe 66 Ausbau der Nah- und Fernwärme in NRW, Fernwärmeschiene an Rhein und Ruhr Titelnummer 892 66 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">30.000.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Titelgruppe dient der Absicherung der Mittel zur Landesförderung für den Ausbau der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr. Laut Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 5658 hat das Konsortium der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr die Planungen für das Projekt im ersten Quartal 2021 aufgegeben. Daher ist ein Erhalt dieses Haushaltspostens nicht länger notwendig..</p>	2022	Ansatz lt. HH 2021	von 30.000.000 Euro		um 30.000.000 Euro		auf 0 Euro	30.000.000 Euro	<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	ja
2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 30.000.000 Euro																					
um 30.000.000 Euro																					
auf 0 Euro	30.000.000 Euro																				
CDU	nein																				
SPD	Enth.																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Titelgruppe 67 Förderprogramm Pumpspeicher</p> <p>Titel alle</p> <p>Streichung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. 2021</td> </tr> <tr> <td>von 2.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Nachdem seit Jahren keinerlei Fortschritt bei Planung von Pumpspeicherwerken erkennbar ist und ohnehin die topographischen Gegebenheiten in NRW dafür nicht gegeben sind, ist der Titel entbehrlich.</p> <p>.</p>	HH 2022	Ansatz lt. 2021	von 2.000.000 Euro	2.000.000 Euro	um 2.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. 2021																				
von 2.000.000 Euro	2.000.000 Euro																				
um 2.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis										
	GRÜNE	<p>Kapitel 14 300 Titelgruppe 68 Zukunft Titelnummer 892 68</p> <p style="text-align: center;">Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2022 von 0 Euro um 250.000.000 Euro auf 250.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Die Landesregierung bekennt sich zwar dazu, die Industrie auf ihrem Weg in die Klimaneutralität zu unterstützen, bildet dieses Bekenntnis jedoch nicht im Haushalt ab. Die Industrieunternehmen benötigen neben den richtigen Rahmenbedingungen und Unterstützungsinstrumenten auf Bundesebene auch eine wirksame Unterstützung durch die Landesregierung, um die notwendigen Investitionen in Milliardenhöhe tätigen zu können. Das Land sollte daher ergänzend ein beihilfekonformes Förderinstrument entwickeln, welches Investitionen von Unternehmen in klimaschonende Produktionsprozesse unterstützt, die nachweislich Treibhausgasemissionsminderungen gegenüber den aktuellen Prozessen erreichen.</p>	<p style="text-align: center;">Energiewende und Klimaschutz Treibhausgasneutrale Industrie der</p> <p style="text-align: center;">Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen</p> <p style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2021 0 Euro</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
CDU	nein												
SPD	Enth.												
FDP	nein												
GRÜNE	ja												
AfD	nein												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Titelgruppe 69 Energieforschungsoffensive und Reallabore</p> <p>Titel alle</p> <p>Streichung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 18.173.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">11.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 18.173.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Während einerseits unnütz an altbekannter Technik geforscht wird (Windindustrieanlagen, Brennstoffzelle, Wasserstofftechnik, Wärmesalzspeicher), werden seit langen keinerlei tragfähigen, großtechnischen Lösungen für Speicher entwickelt. Die Forschung dazu ist seit langer Zeit ergebnislos und daher entbehrlich.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 18.173.000 Euro	11.500.000 Euro	um 18.173.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 18.173.000 Euro	11.500.000 Euro																				
um 18.173.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Titelgruppe 74 Wasserstoff – Energieträger der Zukunft</p> <p>Titel alle</p> <p>Streichung des Ansatzes</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 14.931.000 Euro</td> <td align="center">-</td> </tr> <tr> <td>um 14.931.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wasserstoff als „Energieträger der Zukunft“ scheidet schon über die dafür notwendige Menge an Wind- und Solarstrom aus. Dieser Wind- und Solarstrom wird bereits zur Erzeugung des zum sofortigen Verbrauchs benötigten Stroms genutzt.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 14.931.000 Euro	-	um 14.931.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 14.931.000 Euro	-																				
um 14.931.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 14 300 Titel neu</p> <p style="text-align: center;">Energiewende und Klimaschutz Zuweisungen vom "Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona- Krise" zur Kompensation von Investitionsausgaben</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 536.703.976 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 536.703.976 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Aus dem „Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise“ sollen im Haushaltsjahr 2022 Investitionen getätigt werden, die die drohende schwere Rezession in Folge der akuten Corona-Pandemie abmildern sollen. Dieser Einnahmetitel dient der Kompensation entsprechender Ausgabenerhöhungen im Kapitel 14 300.</p>	2022	Ansatz lt. HH 2021	von 0 Euro	0 Euro	um 536.703.976 Euro		auf 536.703.976 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 536.703.976 Euro																					
auf 536.703.976 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	Enth.																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

lfid. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 14 400 Innovation und Technologie Titel neu Förderung des sozialen Unternehmertums</p> <p>Neuer Titel</p> <p>HH 2022 Ansatz lt. HH 2021 von - Euro - Euro um 850.000 Euro auf 850.000 Euro</p> <p>Begründung: Sozialunternehmen bringen nicht nur technisch-digitale, sondern auch soziale Innovationen voran. Das macht Social Entrepreneurs zu relevanten Akteuren bei der Gestaltung einer sozial und ökologisch lebenswerten Zukunft. Social Entrepreneurship hat enorme Potenziale, die bisher jedoch in NRW unzureichend unterstützt werden.</p> <p>Die Mittel dienen der Einrichtung eines Sustainability Hub, in dem nachhaltige Geschäftsmodelle und Innovationen gefördert werden sollen, der Einrichtung eines Social Innovation Fund für Startups mit sozialen und ökologischen Innovationen, der anwendungsorientierten Forschung und einer entsprechenden Personalausstattung für Beratung und Koordination im Bereich Social Entrepreneurship.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 400 Innovation und Technologie</p> <p>Titel 683 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen Senkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 84.654.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">25.924.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 29.365.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 55.289.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Für 2022 wird der Anteil der Fördermittel bei Titelgruppe 61, die nichttechnischen Innovationen dienen, auf 54 Prozent geschätzt, bisher wurden u.a. sog. Innovationen der Kultur, Medien- und Kreativwirtschaft und innovative Dienstleistungen gefördert. Diese Förderung von meist nicht skalierbaren sowie ökonomisch erforderlichen nicht-technischen Innovationen kann entfallen.</p>	2022	Ansatz lt. HH 2021	von 84.654.800 Euro	25.924.600 Euro	um 29.365.100 Euro		auf 55.289.700 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 84.654.800 Euro	25.924.600 Euro																				
um 29.365.100 Euro																					
auf 55.289.700 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 14 400 Innovation und Technologie</p> <p>Titel 686 61 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland Senkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2022</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>45.304.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">5.981.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>19.660.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>25.644.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Für 2022 wird der Anteil der Fördermittel bei Titelgruppe 61, die nichttechnischen Innovationen dienen, auf 54 Prozent geschätzt, bisher wurden u.a. sog. Innovationen der Kultur, Medien- und Kreativwirtschaft und innovative Dienstleistungen gefördert. Diese Förderung von meist nicht skalierbaren sowie ökonomisch erforderlichen nicht-technischen Innovationen kann entfallen.</p>	2022		Ansatz lt. HH 2021	von	45.304.000 Euro	5.981.100 Euro	um	19.660.000 Euro		auf	25.644.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2022		Ansatz lt. HH 2021																							
von	45.304.000 Euro	5.981.100 Euro																							
um	19.660.000 Euro																								
auf	25.644.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	nein																								
FDP	nein																								
GRÜNE	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 682 10 Institutionelle Förderung der Außenwirtschaftsgesellschaft NRW</p> <p>HH 2022 Ansatz lt. HH 2021 von 17.747.600 Euro 17.747.600 Euro um 3.899.600 Euro auf 13.848.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Der Titel ist die Bündelung der Aktivitäten von NRW.Invest und NRW.International GmbH, die in Vorjahren in Kapitel 14 730 mit den Titelgruppen 73 und 74 veranschlagt waren. In Summe waren dies 14.740.000 Euro im Jahr 2019 und 13.848.000 im Jahr 2018. Die durch den Zusammenschluss gehobenen Synergien müssen zu einem größeren Handlungsspielraum bei Beibehaltung des 2018er Budgets führen, so dass eine Aufstockung des Titels entbehrlich ist.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe</p> <p>Titel 685 12 Zuschuss an Tourismus NRW e.V.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 2.874.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.874.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.274.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.600.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Portale wie booking.com, tripadvisor etc. bieten eine Fülle an Informationen zu Beherbergungs- und Einkehrmöglichkeiten, so dass eine weitere Darstellung über Tourismus.NRW redundant ist. Der prosperierende Tourismus in NW bedarf keiner entsprechend hohen, immer weiter zunehmenden Förderung. Zu hohe Mittel begünstigen Fehlentwicklungen: Die behauptete Schaffung einer Marke „Urbanana“ ist fehl gegangen und hat sich in keiner Weise als erkennbare Marke etabliert. Offenbar waren entsprechende Aufwendungen alleine dazu geeignet, das Personal von Tourismus NRW aufzustocken. Eine Straffung des Geschäftsbetriebes ist angezeigt. Der Mitteleinsatz kann deshalb auf das Niveau des Jahres 2020 zurück geführt werden.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 2.874.100 Euro	2.874.100 Euro	um 1.274.100 Euro		auf 1.600.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 2.874.100 Euro	2.874.100 Euro																				
um 1.274.100 Euro																					
auf 1.600.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 686 10 635 Förderungen der Genossenschaften</p> <p>HH 2022 Ansatz lt. HH 2021 von 85.000 Euro 85.000 Euro um 85.000 Euro auf 0 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Genossenschaften als Formen des Zusammenschlusses Gleichgesinnter existieren seit Mitte des 19. Jahrhunderts und sind im Wirtschaftssystem des Landes fest und erfolgreich verankert. Sie bedürfen keiner direkten, zusätzlichen staatlichen Zuschüsse oder Förderung.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2022**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 14 730</p> <p>Titelgruppe 64</p> <p>Titel (NEU)</p> <p>Neuer Titel</p> <p>2022</p> <p>von - Euro</p> <p>um 1.000.000 Euro</p> <p>auf 1.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Es ist in der Handwerksförderung des Landes ein Förderinstrument einzurichten, dass die (Wieder)ansiedelung von Handwerksbetrieben in den Innenstädten im Fokus hat. Im Rahmen der Innenstadtoffensive hat das Handwerk dargestellt, welche Schwierigkeiten es hat, sich in den Innenstädten zu halten. Beim begonnenen Transformationsprozess bedarf es daher besonderer Unterstützung. Da sich die Zentren der Zukunft durch Diversität kennzeichnen wird eine dezentrale Förderung vorgeschlagen. Auch die Landesregierung hat im Bereich Handwerk bereits den Bedarf erkannt: so wird im letzten Sachstandsbericht zur Enquete-Kommission¹ gefordert, dass Maßnahmen ergriffen werden, damit es nicht Verdrängung des Gewerbes kommt, sondern gemischte Quartiere mit kurzen Wegen und urbaner Produktion entstehen.</p>	<p>Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Förderung des Handwerks</p> <p>Handwerk in der Innenstadt</p> <p style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2021</p> <p style="text-align: right;">- Euro</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein</p> <p>SPD ja</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>AfD Enth.</p>

¹ https://www.wirtschaft.nrw/sites/default/files/asset/document/2020-03_handwerkсенquete_dritter_umsetzungsbericht_final.pdf